



Richard Hilmer

Europäische Integration – Sorgen und Erwartungen

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung
in Deutschland

EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

EUROPA

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Diese Fragen verfolgt die Friedrich-Ebert-Stiftung im Thema »Politik für Europa«. Wir wollen zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

www.fes.de/de/politik-fuer-europa

Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über den Autor

RICHARD HILMER ist Diplom-Soziologe und begann seine berufliche Laufbahn 1982 als wissenschaftlicher Projektleiter bei Infratest in München, baute als Geschäftsführer für Infratest in Berlin ab 1992 die Forschung in den neuen Bundesländern auf, mit Schwerpunkt auf die Politikforschung, und leitete das Institut (seit 1997 Infratest dimap) bis Mai 2015 als alleiniger Geschäftsführer. Im Juni 2015 gründete er gemeinsam mit Rita Müller-Hilmer *policy matters*, spezialisiert auf strategische Politikforschung und Politikberatung.

Richard Hilmer

Europäische Integration – Sorgen und Erwartungen

| | | |
|----------|---|-----------|
| | VORWORT | 2 |
| 1 | GRUNDEINSTELLUNG ZUR EU | 3 |
| | Assoziationen mit der EU..... | 3 |
| | EU-Mitgliedschaft Deutschlands: Vorteil oder Nachteil?..... | 4 |
| 2 | ZUR KÜNFTIGEN AUSRICHTUNG DER EU | 7 |
| | Die EU nach dem Brexit: mehr oder weniger Kooperation?..... | 7 |
| | Akzeptanz und Einhaltung von Regeln..... | 8 |
| | Wichtigste Aufgaben der EU..... | 10 |
| | Regelung von Aufgaben auf nationaler oder auf europäischer Ebene..... | 11 |
| | Europäische Arbeitslosenversicherung..... | 12 |
| 3 | BI- UND MULTILATERALE BEZIEHUNGEN | 15 |
| | Zustimmung zur EU-Erweiterung..... | 15 |
| | Vertrauen in EU-Mitglieder..... | 16 |
| | Vertrauen in internationale Partner..... | 17 |
| 4 | DEUTSCHLAND VOR DER EUROPAWAHL | 19 |
| | Relevanz von Themenbereichen..... | 19 |
| | Europapolitische Kompetenzen der Parteien..... | 20 |
| | Interesse an der Europawahl..... | 20 |

VORWORT

Ein halbes Jahr vor der neunten Wahl zum Europäischen Parlament führte policy matters im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Umfrage in elf Mitgliedsländern der Europäischen Union durch. Diese Studie knüpft inhaltlich direkt an zwei Vorgängerstudien aus den Jahren 2015 und 2017 an – seinerzeit jeweils in acht Mitgliedstaaten realisiert. Zentrales Ziel dieser Studien war es nachzuzeichnen, wie sich die Wahrnehmung der EU seitens der Bürger_innen in einem schwieriger gewordenen politischen und wirtschaftlichen Umfeld entwickelt hatte. Deutlich wurde dabei, dass die zahlreichen Konflikte an den unmittelbaren Grenzen der EU, die wachsenden Unstimmigkeiten mit den USA speziell in der Handels-, aber auch in der Bündnispolitik sowie der bevorstehende Brexit, der erste Austritt eines Mitgliedlandes aus der Gemeinschaft, erfreulicherweise nicht zu einer Erosion des Zusammenhaltes innerhalb der EU führten. Im Gegenteil, viele Bürger_innen wurden sich der Bedeutung der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft für die politische und wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für den Frieden in Europa noch einmal bewusster. Dies traf insbesondere auf die Deutschen zu, deren Land der Europäischen Gemeinschaft die Wiedereingliederung als vollwertiges Mitglied in die Weltgemeinschaft verdankt und dessen Wirtschaft heute mehr als die anderer Länder vom freien Handel innerhalb der Union profitiert. Die 2015 noch in Teilen skeptische Grundeinstellung der Deutschen gegenüber der EU wich binnen zweier Jahre einer ausgesprochen EU-affinen Grundstimmung, basierend auf der wachsenden Einsicht in die hohe Bedeutung der Union für Frieden und Wohlstand in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund erscheint besonders interessant, wie speziell die deutsche Bevölkerung auf die anhaltenden Wirren und Unsicherheiten außerhalb, aber zuletzt zunehmend auch innerhalb der EU reagiert. Der vorliegende Bericht ist deshalb auf das Meinungsbild der Bürger_innen in Deutschland zur Europäischen Union und zentralen Fragen der Europapolitik fokussiert. Wo immer es angebracht erscheint, wird auf die Ergebnisse der Vorgängerstudien bzw. auf die Befunde aus den zehn anderen erfassten Mitgliedsländern vergleichend Bezug genommen.

1

GRUNDEINSTELLUNG ZUR EU

ASSOZIATIONEN MIT DER EU

Die Europäische Union steht bei den Deutschen nach wie vor für die drei Grundversprechen Frieden, Demokratie und Freiheit, die schon bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als zentrale Ziele fungierten. Von vorgelegten 14 bipolaren Eigenschaften wurde »friedensstiftend« am häufigsten als für die EU zutreffende Eigenschaft benannt (74 Prozent), gefolgt von »demokratisch« (73) und »frei« (71). Aber auch das Image der EU als wirtschaftlich erfolgreicher Zusammenschluss steht dem kaum nach. Die große Mehrheit der Deutschen sieht die Europäische Gemeinschaft als »Jobmotor« und als Garant für »sichere Lebensverhältnisse«. Nach wie vor gespalten ist dagegen die Meinung der Deutschen darüber, ob die EU auch für »steigenden Wohlstand« steht – ein weiteres Grundversprechen der Gründungsväter. Finanz- und Wirtschaftskrise haben hieran Zweifel aufkommen lassen, denn nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent sieht heute die Sicherung von Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten als gegeben an, fast ebenso viele (48 Prozent) bezweifeln dies. Vor vier Jahren waren allerdings die Zweifler mit 58 Prozent noch in der Mehrheit.¹ Zwei Drittel der Deutschen be-

greifen heute die EU als Chance für Deutschland und halten den Euro für eine sichere Währung.

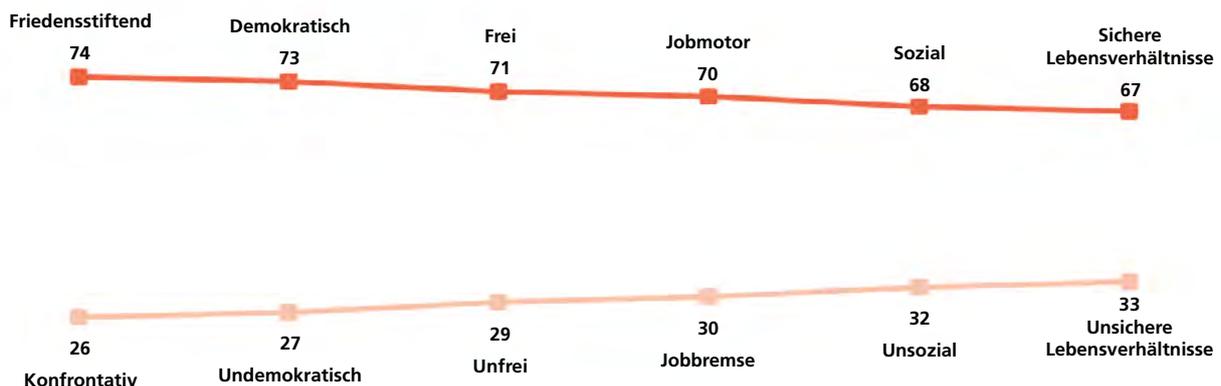
68 Prozent konzedieren der Europäischen Union grundsätzlich eine »soziale« Ausrichtung, allerdings empfindet nur etwas mehr als die Hälfte die EU auch als »gerecht«. Die Tatsache, dass auch eine Mehrheit der Unterprivilegierten die Gemeinschaft als »sozial« bewertet, gleichzeitig jedoch auch als ungerecht, kann als empfundener Mangel an Verteilungsgerechtigkeit gedeutet werden. Eine leichte Schieflage wird auch beim Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen beklagt: Eine knappe Mehrheit von 54 Prozent hat den Eindruck, die EU sei insgesamt eher arbeitgeber_innenfreundlich, 46 Prozent nehmen sie als eher arbeitnehmer_innenfreundlich wahr.

In mancher Hinsicht haben die Deutschen ein etwas positiveres Bild als die Bürger_innen der anderen erfassten Länder, so etwa in Hinblick auf die friedensstiftende und freiheitsgewährende Kraft der EU. Was die Generierung von allgemeinem Wohlstand betrifft, sind sie dagegen deutlich weniger zuversichtlich als etwa die Bürger_innen der osteuropäischen oder den nordeuropäischen Länder. Noch deutlich skeptischer als in Deutschland wird allerdings in Frankreich und Italien die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet. In diesen Ländern assoziiert jeweils eine Mehrheit der Bürger_innen mit der EU heute sinkenden Wohlstand.

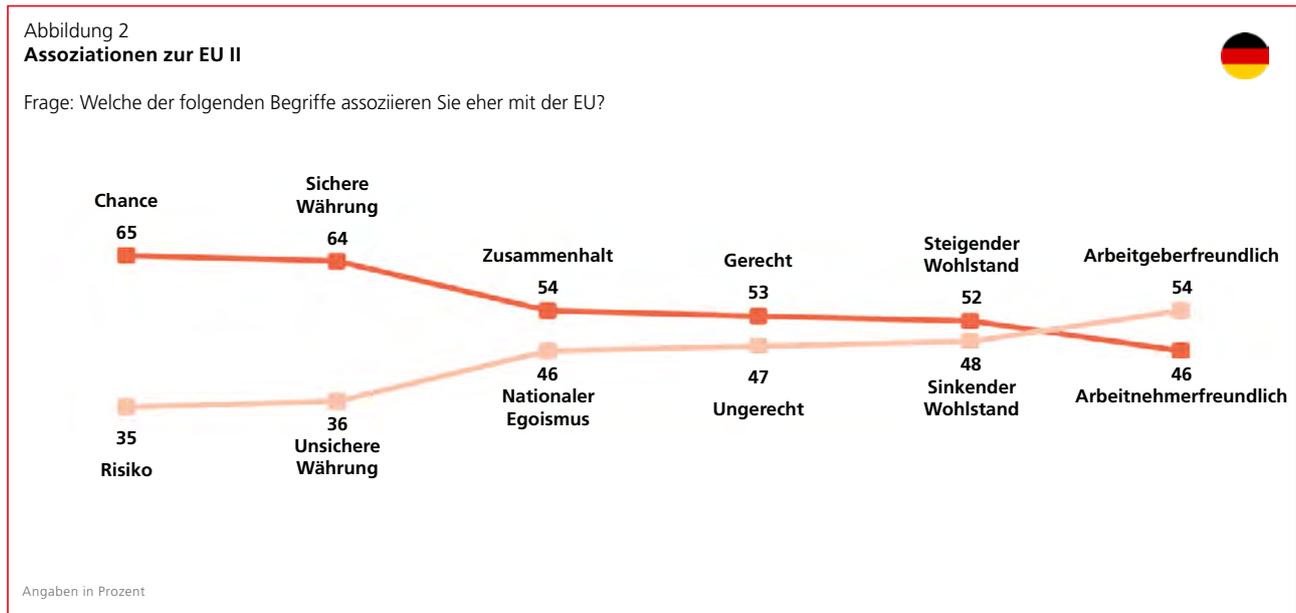
¹ Vgl. »EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?«, eine Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2016.

Abbildung 1
Assoziationen zur EU I

Frage: Welche der folgenden Begriffe assoziieren Sie eher mit der EU?



Angaben in Prozent



EU-MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS: VORTEIL ODER NACHTEIL?

Die Deutschen haben traditionell einen ausgesprochen positiven emotionalen Bezug zur Europäischen Gemeinschaft. Geht es um das Abwägen aller Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU, fällt das Urteil zwar etwas verhaltener, aber insgesamt dennoch recht optimistisch aus. Jede/r Zweite ist der Ansicht, dass Deutschland aus seiner Mitgliedschaft in der EU eher Vorteile erwachsen, nur ganze 18 Prozent ziehen eine negative Bilanz. Jede/r Dritte ist der Ansicht, Vor- und Nachteile hielten sich die Waage.

Die Bilanz ist keineswegs in Stein gemeißelt, im Gegenteil. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der beiden Vorstudien belegt eindrücklich, dass bei der Urteilsfindung naturgemäß das allgemeine politische und wirtschaftliche Umfeld eine wichtige Rolle spielt. So fiel die Bilanz im Herbst 2015 nach der gerade überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Eurokrise und unter dem unmittelbaren Eindruck der Flüchtlingskrise doch sehr zurückhaltend aus. Seinerzeit zog nur ein Drittel der Befragten ein positives Fazit, immerhin ein Viertel glaubte, die Mitgliedschaft in der EU sei für Deutschland eher mit Nachteilen verbunden. Im Frühsommer 2017 fiel die Bilanz deutlich positiver aus, der Anteil derjenigen, die die Mitgliedschaft als vorteilhaft begriffen, verdoppelte sich fast auf 64 Prozent, der Anteil der Skeptiker sank auf zehn Prozent. Gemessen daran fällt die Bilanz im Herbst 2018 wieder etwas durchwachsender aus.

Die Ursachen hierfür dürften vielfältiger Natur sein. Eine entscheidende Rolle spielen sicherlich die unerquicklichen Brexit-Verhandlungen sowie die unter dem neuen US-Präsidenten Trump erkennbar komplizierteren Beziehungen zu den USA, dem wichtigsten Bündnispartner und Handelspartner außerhalb der EU. Im Kontext dieser Ereignisse erkannten die Deutschen offenbar die Bedeutung eines funktionierenden europäischen Marktes für das Exportland Deutschland deutlicher denn je. Daran hat sich zwar seitdem nichts geändert, gleichwohl sind einige Binnen-

probleme der EU klarer zutage getreten. Dazu gehören etwa das Scheitern einer Übereinkunft zur künftigen Verteilung der Flüchtlinge, die sich verschärfenden Probleme mit Polen und Ungarn im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit sowie der anhaltende Dissens innerhalb der EU über den Umgang mit Russland. Die Brexit-Verhandlungen haben zudem mehr Fragen aufgeworfen als gelöst.

Im internationalen Vergleich nehmen die Deutschen hinsichtlich ihrer Zustimmung zur EU nur noch einen mittleren Platz ein. Heute sind die Polen, die Spanier und die Schweden am stärksten von den Vorzügen der EU-Teilhabe überzeugt. Bei den Spaniern und den Schweden ist – ähnlich wie in Deutschland 2017 – ein deutlicher Stimmungswechsel zugunsten der EU erkennbar. Auch die Niederländer, Italiener und die Tschechen (die letzten beiden allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau als die Niederländer) sehen heute in der Mitgliedschaft ihres Landes etwas mehr Vorteile als noch vor zwei Jahren. Polen nimmt diesmal erstmalig an der Studie teil. Wie in Deutschland gegenläufig verliefen hingegen die Entwicklungen in der Slowakei und in Frankreich, wo heute die skeptischen Stimmen überwiegen. Für Frankreich bedeutet dies einen herben Rückschlag, hatte doch Präsident Macron den Beginn seiner Amtszeit mit einer Initiative zur Stärkung der EU begonnen. Die Bilanz der Franzosen fiel damals auch mehrheitlich optimistisch aus. Der Optimismus von 2017 ist 2019 nach einer Reihe von Rückschlägen Macrons wieder weitgehend abgeflaut.

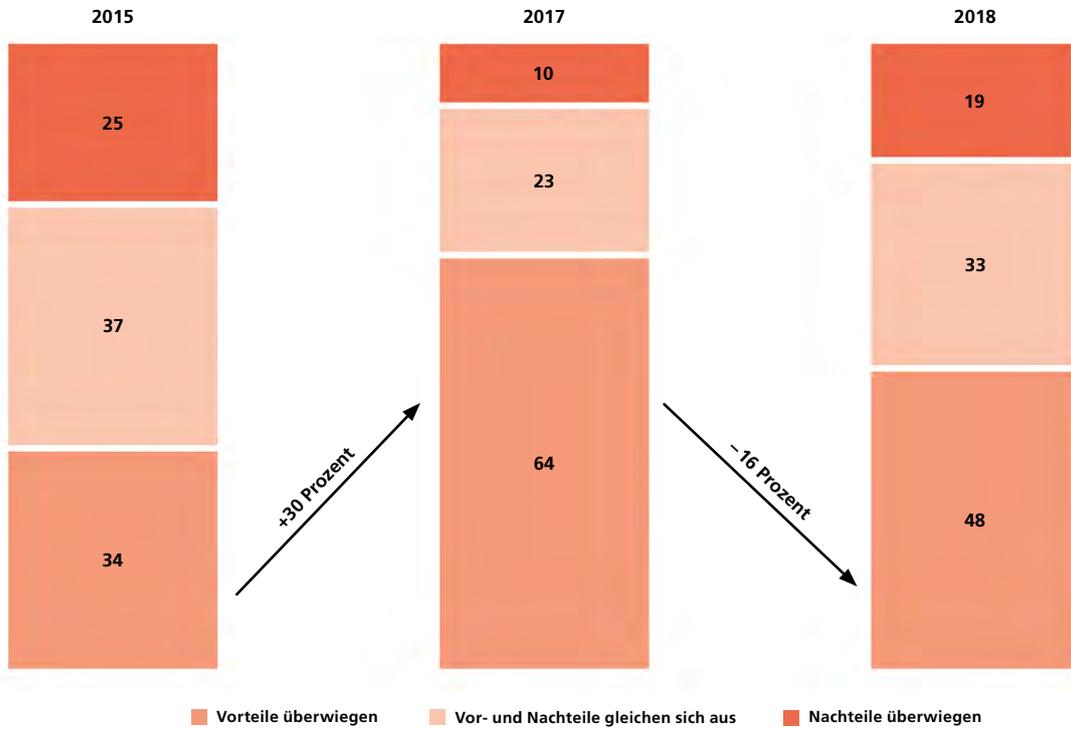
In Deutschland fällt die EU-Bilanz je nach Bevölkerungsgruppe zum Teil recht unterschiedlich aus. Vor allem Jüngere, aber auch Ältere bilanzieren eher positiv, die Altersgruppe der 40 bis 59 Jährigen eher zurückhaltend. Männer urteilen weit häufiger positiv als Frauen (56:40), wobei Frauen der EU keineswegs skeptischer gegenüberstehen, sondern häufiger als Männer zu einem »Sowohl-als-auch« neigen (40 Prozent). Dies trifft auch auf Personen mit niedriger Schulbildung zu (42 Prozent), während Akademiker zu einem sehr positiven Urteil gelangen. Am stärksten überzeugt davon,

Abbildung 3

Vorteile/Nachteile der EU-Mitgliedschaft Deutschlands – im Vergleich zu 2015/2017



Frage: Wenn Sie an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen aus Ihrer Sicht die Vorteile, die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

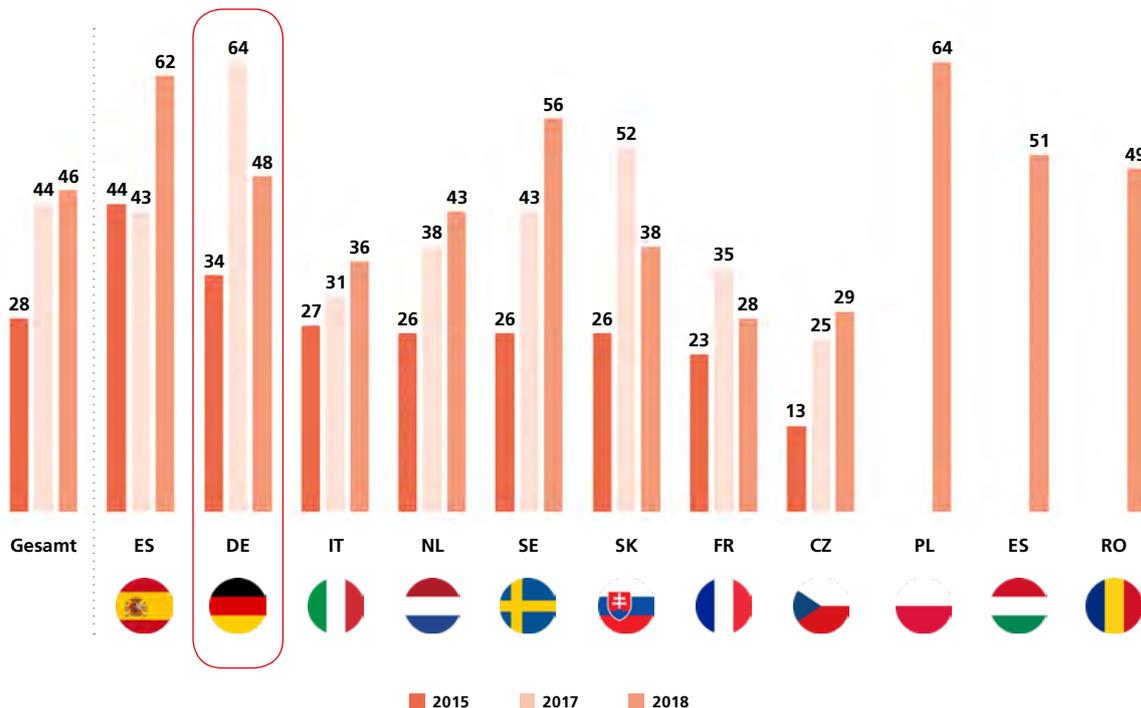


Angaben in Prozent;
fehlende Werte zu 100 Prozent: »weiß nicht/keine Angabe«

Abbildung 4

Vorteile der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes

Frage: Wenn Sie an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen aus Ihrer Sicht die Vorteile, die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

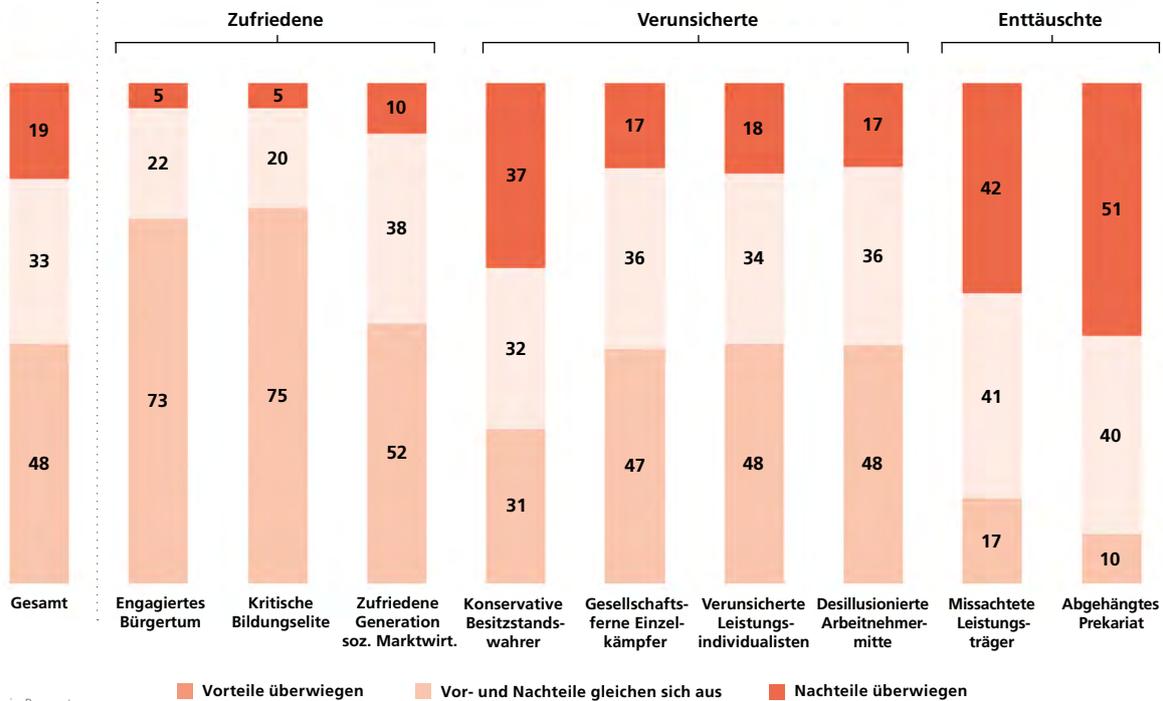


Angaben in Prozent;
fehlende Werte zu 100 Prozent: »weiß nicht/keine Angabe«

Abbildung 5
Grundhaltung zur EU – nach Typen



Frage: Wenn Sie an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen aus Ihrer Sicht die Vorteile, die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?



dass die EU-Mitgliedschaft Deutschland zum Vorteil gereicht, sind Personen, die sich der Oberschicht zugehörig fühlen (62 Prozent).

Die deutlichsten Unterschiede in der Haltung gegenüber der EU zeigen sich allerdings zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. Hier haben sich drei Gruppen gebildet. Eine eindeutig positive Bilanz ziehen Anhänger_innen der Grünen (73 Prozent), der SPD und der Union (jeweils 63 Prozent). Anhänger_innen der Linken und der FDP kommen noch zu einem verhalten positiven Befund (54 bzw. 50 Prozent), während AfD-Sympathisant_innen die deutsche EU-Mitgliedschaft mehrheitlich als Nachteil (55 Prozent) empfinden. Wenig Zustimmung erfährt die EU zudem bei Unentschiedenen und Nichtwähler_innen (24 bzw. 35 Prozent).

Noch stärker differiert die Haltung zur EU nach politischen Typen. Auch hier kristallisieren sich drei Gruppen heraus: die EU-Affinen, die Verunsicherten und die von der EU eher Enttäuschten. Zu den EU-Affinen zählen vor allem die »Kritische Bildungselite« und das »Engagierte Bürgertum«, die mehrheitlich in der Mitgliedschaft der EU große Vorteile für Deutschland sehen und die insgesamt gegenüber Europa und der EU eine ausgesprochen positive Haltung aufweisen. Ebenfalls EU-affin, aber weniger euphorisch, zeigen sich auch die im Schnitt etwas älteren Vertreter_innen der »Zufriedenen Generation Marktwirtschaft«. Zu den Verunsicherten zählen die »Gesellschaftsfernen Einzelkämpfer«, die »Verunsicherten Leistungsindividualisten« sowie die »Desillusionierte Arbeitnehmermitte«, von denen jeweils

nur noch knapp die Hälfte die Mitgliedschaft als Vorteil begreift. Noch stärker verunsichert zeigen sich die vor einigen Jahren noch mehrheitlich als nüchterne EU-Befürworter_innen auftretenden »Konservativen Besitzstandswahrer«. Nur noch ein knappes Drittel von ihnen sieht eher Vorteile in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands, ein gutes Drittel eher Nachteile und ein weiteres Drittel kommt zu dem Fazit, Vor- und Nachteile hielten sich die Waage. Zur Gruppe der von der EU Enttäuschten gehören die »Missachteten Leistungsträger« sowie das »Abgehängte Prekariat«. Diese haben eine sehr kritische Haltung gegenüber der EU, Vorteile in der Mitgliedschaft Deutschlands können sie kaum erkennen. Vor allem die sozial etwas im Abseits stehenden Vertreter_innen des »Abgehängten Prekariats« sind der Überzeugung, Deutschland erwachsen aus der EU-Mitgliedschaft Nachteile. Politisch fühlt sich diese Gruppe mehrheitlich der EU-kritischen AfD verbunden.

2

ZUR KÜNFTIGEN AUSRICHTUNG DER EU

DIE EU NACH DEM BREXIT: MEHR ODER WENIGER KOOPERATION?

Der bevorstehende Ausstieg Großbritanniens aus der EU wird in Hinblick auf seine Auswirkungen auf die EU von den Deutschen insgesamt recht skeptisch bewertet. Nur 35 Prozent gehen davon aus, dass der Brexit keinerlei Konsequenzen für die verbleibenden Mitgliedsländer haben wird. 41 Prozent befürchten dagegen, dass die EU durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreiches eher geschwächt wird, nur elf Prozent erhoffen sich davon Vorteile. Diese Einschätzung entspricht in etwa dem Durchschnitt in den zehn übrigen Ländern. Nur in Frankreich, dem ewigen Konkurrenten Großbritanniens, geht eine relative Mehrheit davon aus, dass der EU durch den Brexit keinerlei Nachteile entstehen.

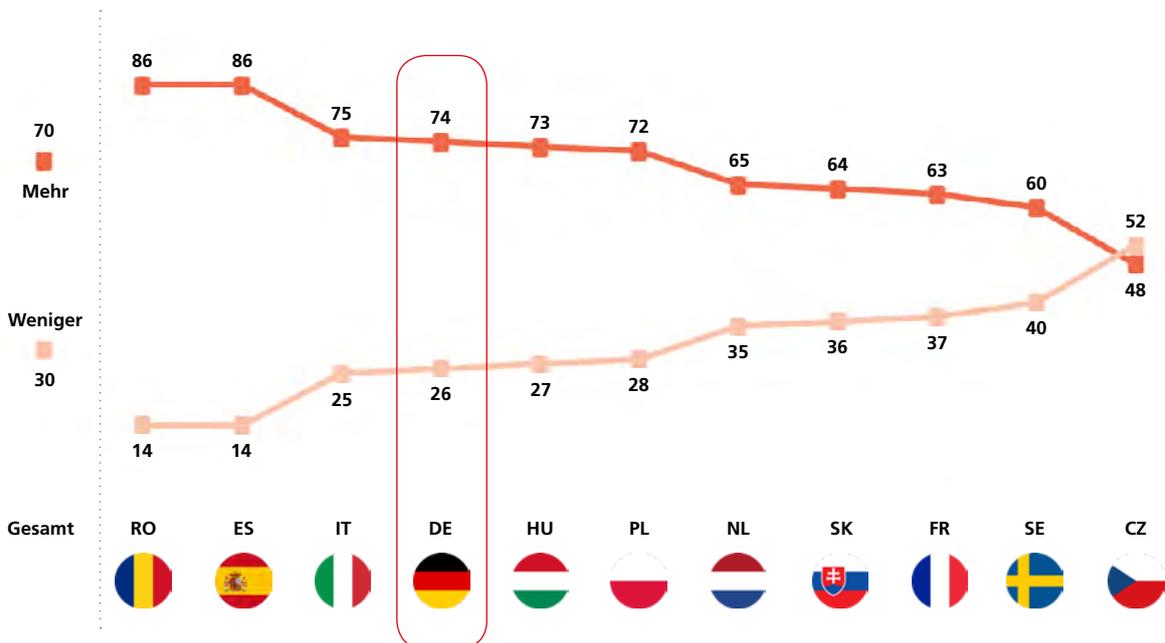
Für die Deutschen heißt die richtige Antwort auf das Ausscheiden der Briten aus der EU nicht Rückzug auf sich selbst, sondern eine Intensivierung der Zusammenarbeit der verblei-

benden 27 Mitgliedsländer. Drei von vier Wahlberechtigten sprechen sich für eine Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb der EU aus, nur jede/r Vierte plädiert dafür, dass auch Deutschland künftig seine nationalen Interessen in den Vordergrund rücken sollte. Offenbar kann sich die große Mehrheit keine positive Zukunft Deutschlands außerhalb der Europäischen Union vorstellen. Das gilt im Übrigen für alle Bevölkerungsgruppen und auch für fast alle politischen Typen. Einzig das abgehängte Prekariat plädiert für mehr nationale Eigenständigkeit. Ihre Entsprechung findet diese Haltung bei den Anhängern der AfD, die diese Skepsis gegenüber der EU teilen, und die diese EU-kritische Haltung einzig durch die AfD vertreten sehen. Die Anhänger_innen aller anderen Parteien sind sich hingegen fast durchweg darin einig, dass eine verstärkte europäische Integration dem Wohle Deutschlands diene.

Das erstmalige Ausscheiden eines Mitgliedslandes aus der europäischen Union findet in der Bevölkerung der anderen Län-

Abbildung 6
Mehr oder weniger Zusammenarbeit?

Frage: Sollten die europäischen Länder in den nächsten Jahren ihre Zusammenarbeit verstärken oder sollten sie wieder stärker eigenständig handeln?



Angaben in Prozent

der keine Nachahmer. Das Gegenteil ist der Fall. In neun Ländern votieren deutliche Mehrheiten für eine Verstärkung der Zusammenarbeit ihres Landes mit den Partnerländern, am stärksten plädieren Spanien und Rumänien dafür (86 Prozent). Bemerkenswert ist auch der hohe Zustimmungsggrad in Italien (75 Prozent), Ungarn (73 Prozent) und Polen (72 Prozent), also in Ländern, deren Regierungen sich zuletzt in relevanten Punkten mit den Partnern im Dissens befanden. Eine Ausweitung dieser Konflikte in eine grundlegend EU-kritische Haltung würde offenbar von der jeweiligen Bevölkerung kaum mitgetragen. Einzig in dem traditionell etwas EU-distanzierten Tschechien würde eine solch distanzierte Haltung auf Beifall in der Bevölkerung treffen, denn dort – und nur dort – spricht sich eine knappe Mehrheit (52 Prozent) für mehr Eigenständigkeit aus. Die Diskussion um den Brexit hat aber auch in Tschechien zu einem gewissen Umdenken geführt, denn der Anteil der Befürworter_innen einer intensiveren Kooperation stieg gegenüber 2017 von 41 auf 48 Prozent. Auch Italiener_innen sowie Franzosen und Französinnen, die zur Zeit – wie gesehen – die EU-Mitgliedschaft ihres Landes nicht unbedingt als vorteilig erachten, stellen aber deshalb die EU-Mitgliedschaft ihres Landes nicht in Frage. Im Gegenteil, der Wunsch nach mehr Kooperation ist dort noch drängender geworden. Die zuletzt auf Konfrontation ausgerichtete EU-Politik der italienischen Regierung mag in der Haushalts- und Migrationspolitik Zustimmung erfahren, eine Ausweitung des Konflikts dürfte jedoch auch in Italien kaum mehrheitsfähig sein.

Den Befragten wurden 21 Maßnahmen vorgelegt, die zur Verbesserung der Integration beitragen könnten. Fast alle Vorschläge treffen bei den Deutschen auf breite Zustimmung. Der besseren Differenzierung wegen werden im Folgenden nur die Werte für »stimme voll und ganz zu« aufge-

führt. Die höchste Zustimmung erfahren die Forderungen nach einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge, einer höheren Besteuerung internationaler Unternehmen sowie nach einer europäischen Regelung des Schutzes persönlicher Daten. Danach folgen die Sicherung der Außengrenzen, die Begrenzung der Zuwanderung sowie die für alle Länder verbindliche Einführung eines Mindestlohnes und die Durchsetzung sozialer Mindeststandards.

Vergleichsweise zurückhaltend bewerten die Deutschen dagegen den Ausbau der militärischen Verteidigungsfähigkeit der EU sowie den Aufbau einer Europäischen Armee. Einzig die von Macron in die Diskussion eingebrachte Wachstumsoffensive für süd- und osteuropäische Mitgliedsländer erzielt bei den Bundesbürger_innen keine mehrheitliche Zustimmung. Insgesamt entspricht das Meinungsbild in der Bundesrepublik in etwa dem in den übrigen elf Ländern.

AKZEPTANZ UND EINHALTUNG VON REGELN

Die Einheit der Europäischen Gemeinschaft wurde zuletzt häufig dadurch unterhöhlt, dass sich einzelne Mitgliedstaaten nicht mehr an geltende Regeln hielten, die bislang als weitgehend unstrittig galten: z.B. das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und die Pressefreiheit. Unter den Bundesbürger_innen besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Europäische Union etwaige Regelverletzungen einzelner Mitgliedsländer konsequent unterbinden sollte. Ein konsequentes Vorgehen bei Regelverstößen wird vor allem in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit sowie bei der Nichteinhaltung geltender Bestimmungen des Umweltschutzes angemahnt. In allen drei Fällen sprechen sich rund

Abbildung 7
Vorschläge zur Verbesserung der europäischen Integration

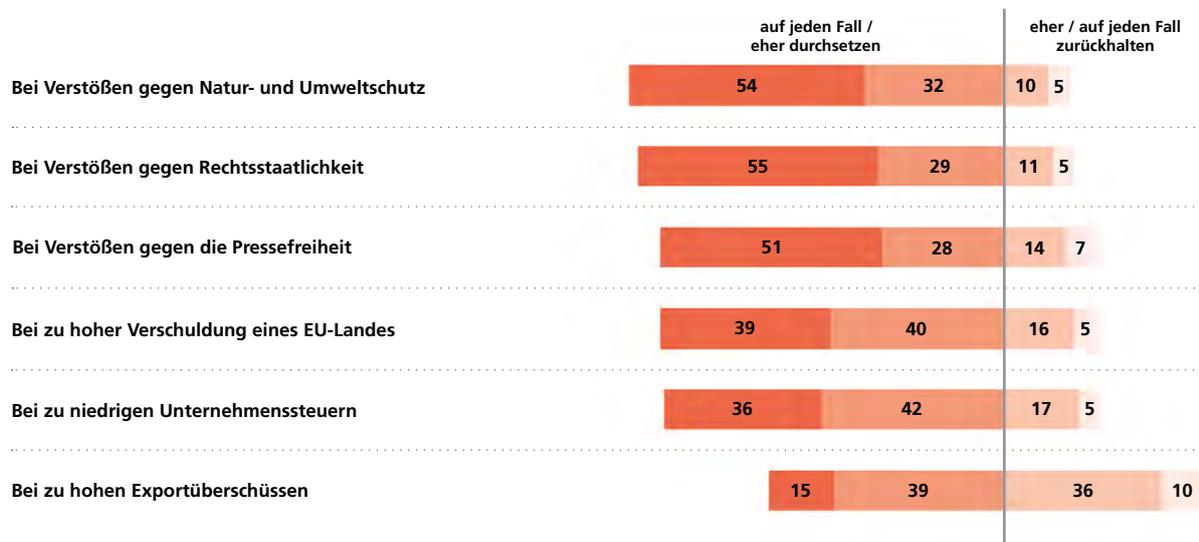


Frage: Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie den Vorschlägen, wie man die europäische Integration verbessern könnte, voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.



Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 Prozent: »lehne eher/voll und ganz ab«

Abbildung 8

Wie soll die EU bei Verstößen ihrer Mitglieder gegen ihre Regeln verfahren?

Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

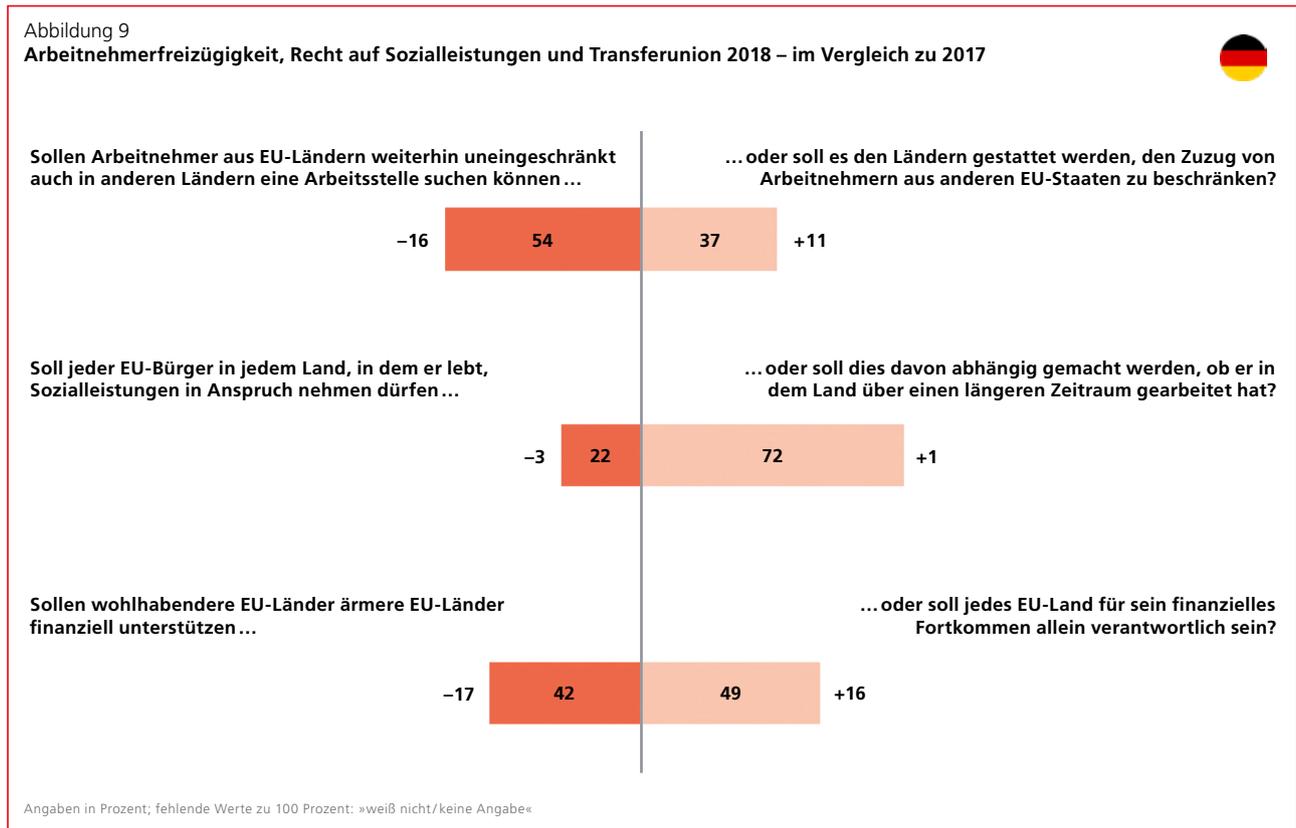
acht von zehn Bundesbürger_innen dafür aus, dass die EU Regelverstöße grundsätzlich ahnden sollte, wobei gut jede/r Zweite für eine strikte Regelauslegung plädiert. Die große Mehrheit der Deutschen hält auch an der Einhaltung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarten und 2013 im Fiskalvertrag bekräftigten Schuldenbremse fest. Hier jedoch ist die Kompromissbereitschaft etwas größer als in den vorher genannten Bereichen. Gefordert wird auch ein konsequentes Vorgehen der EU gegen eine zu niedrige Unternehmensbesteuerung in einzelnen Mitgliedsländern. Diese Forderung hat allerdings aufgrund fehlender Regeln eher Aufforderungscharakter, denn die Initiativen für eine tendenziell einheitliche Unternehmensbesteuerung und das Unterbinden von Schlupflöchern scheiterten bislang an den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten. Deutschland gehört zu den Ländern mit hoher Unternehmensbesteuerung, entsprechend groß ist das Interesse der Deutschen (78 Prozent) an einer stärkeren Angleichung der Steuersätze. Aber auch in den Niederlanden mit ihrer vergleichsweise niedrigen Unternehmensbesteuerung fordert eine deutliche Mehrheit (69 Prozent) ein konsequenteres Vorgehen. Die eher informelle Regel gegen überhöhte Exportüberschüsse, die wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der EU vermeiden soll, richtet sich im Wesentlichen an den »Exportweltmeister« Deutschland. Umso bemerkenswerter erscheint es deshalb, dass sich auch eine Mehrheit der Deutschen (54 Prozent) für eine Beschränkung von Exportüberschüssen ausspricht. Hier wissen die Bürger_innen auch die Gewerkschaften hinter sich, die zum Abbau der bei den Verbündeten ungern gesehenen Exportüberschüsse seit geraumer Zeit eine Verstärkung der Binnennachfrage in Deutschland durch höhere Löhne einfordern.

Die Befragten unterscheiden bei der Bewertung der Sachverhalte offenbar nicht zwischen Bereichen, in denen die

EU schon heute weitgehende Durchsetzungsrechte besitzt wie im Falle des Naturschutzes und der Verschuldung der Euro-Mitglieder und jenen Bereichen, in denen die Nationalstaaten nach wie vor recht frei schalten und walten können wie etwa in wirtschaftspolitischen Fragen der Unternehmenssteuern und der Exportüberschüsse. Die hohe Zustimmung zur Rolle der EU als Wahrerin gemeinsam festgelegter Regeln und Gesetze kann auch als Ausdruck des Vertrauens in die EU-Institutionen gewertet werden.

Ein Grundpfeiler der Europäischen Union ist auch die Freizügigkeit – nicht nur die des Reisens und der unternehmerischen Tätigkeiten, sondern auch die Freiheit der Arbeitnehmer_innen, in jedwedem Mitgliedsland eine Arbeitsstelle anzunehmen. Deutschland ist aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seines in vielen Bereichen chronischen Mangels an Nachwuchskräften eines der wichtigsten Zielländer von Arbeitssuchenden aus anderen EU-Staaten. Die Ausdehnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die neuen osteuropäischen Mitgliedsländer stieß bei den Deutschen gleichwohl anfangs auf ausgeprägte Skepsis, weswegen die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Osteuropäer in Deutschland erst 2011 in Kraft trat.

Heute trifft die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit auf mehrheitliche Zustimmung: 54 Prozent der Deutschen halten diese Regelung für sinnvoll. Die Skepsis der Deutschen gegenüber einer vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes für EU-Bürger_innen gleich welcher Herkunft ist aber nicht völlig verschwunden. Immerhin gut jede/r Dritte würde es begrüßen, wenn den Mitgliedstaaten das Recht eingeräumt werden würde, den Zuzug von Arbeitnehmer_innen aus anderen EU-Staaten im Bedarfsfall einzuschränken. Gegenüber 2017 ist die Forderung nach mehr Eingriffsrechten sogar deutlich von 26 auf 37 Prozent gestiegen.



Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die zuletzt schwierige wirtschaftliche Ausgangslage sein, die auch in Deutschland bei den Bürger_innen für zunehmende Verunsicherung sorgt. Bezeichnenderweise sind es vor allem die erfahrungsgemäß als Erste von einem wirtschaftlichen Abschwung betroffenen sozial Schwachen und die älteren Arbeitnehmer_innen, die sich dafür aussprechen, notfalls den Zuzug von Arbeitskräften zu beschränken. In einem Punkt sind sich die Bürger_innen aber schichtübergreifend weitgehend einig: Die Inanspruchnahme von Sozialleistungen sollte davon abhängig gemacht werden, ob der oder die Betreffende schon länger in dem jeweiligen Land gearbeitet hat. Nur gut jede/r Fünfte plädiert auch in dieser Hinsicht für volle Freizügigkeit.

Die Frage der Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit, vor allem aber die des Zugangs zu den jeweiligen Sozialsystemen, hat Spaltungspotenzial in Europa, wie nicht zuletzt die Diskussion in Großbritannien vor dem Brexit belegt. Auch in der vorliegenden 11-Länderstudie sind die Haltungen dazu sehr kontrovers, wobei die Trennlinie vor allem nach Entwicklungsstand der Sozialsysteme und nach wirtschaftlicher Entwicklung verläuft. In den Zielländern Deutschland, Schweden und den Niederlanden sprechen sich klare Mehrheiten für eine Verknüpfung des Rechts auf Inanspruchnahme von Sozialleistungen mit der Zahlung von Sozialbeiträgen über einen längeren Zeitraum aus. In Heimatländern vieler Arbeitsmigrant_innen wie Polen, Ungarn und Rumänien, aber auch in Italien und Spanien plädieren hingegen Mehrheiten dafür, den Bezug von Sozialleistungen einzig davon abhängig zu machen, wo die Lebensmittelpunkte der Betroffenen sind. In allen Ländern halten aber mehr oder weniger deutliche Mehrheiten an der Arbeitnehmerfreizügigkeit fest – mit einer einzigen Ausnahme: In dem wirtschaftlich dar-

benden Frankreich besteht eine Mehrheit auf dem Recht eines Landes, den Zuzug im Bedarfsfall zu beschränken.

Strittig ist und bleibt auch die innereuropäische Solidarität. In Deutschland, dem größten EU-Nettozahler, plädiert eine knappe Mehrheit von 49 Prozent für strikte finanzielle Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Staaten. Immerhin 42 Prozent halten es für angebracht, dass wohlhabende Länder – wie auch und vor allem Deutschland – ärmere EU-Staaten finanziell unterstützen. In dieser Hinsicht erwiesen sich die Deutschen vor gut einem Jahr allerdings deutlich großzügiger. Seinerzeit unterstützte noch eine klare Mehrheit von 59 Prozent die Forderung des französischen Präsidenten Macron nach einer stärkeren Unterstützung ärmerer Mitgliedsländer. Aber nicht nur die Deutschen, auch Macrons eigenen Landsleute haben inzwischen ihrem Präsidenten hier die Gefolgschaft entzogen. Nur noch 36 Prozent der Franzosen und Französinen sprechen sich für finanzielle Transferleistungen wohlhabender zugunsten ärmerer Mitgliedsländer aus, 53 Prozent halten dies nicht für angebracht – vor gut einem Jahr hielten sich Pro und Contra zur Thematik eines länderübergreifenden Solidarausgleichs noch die Waage.

WICHTIGSTE AUFGABEN DER EU

Die hohe Bedeutung, die die Bundesbürger_innen der Europäischen Union zuschreiben, erklärt sich nicht zuletzt aus der aktuellen Problemagenda.² In Zeiten zunehmender in-

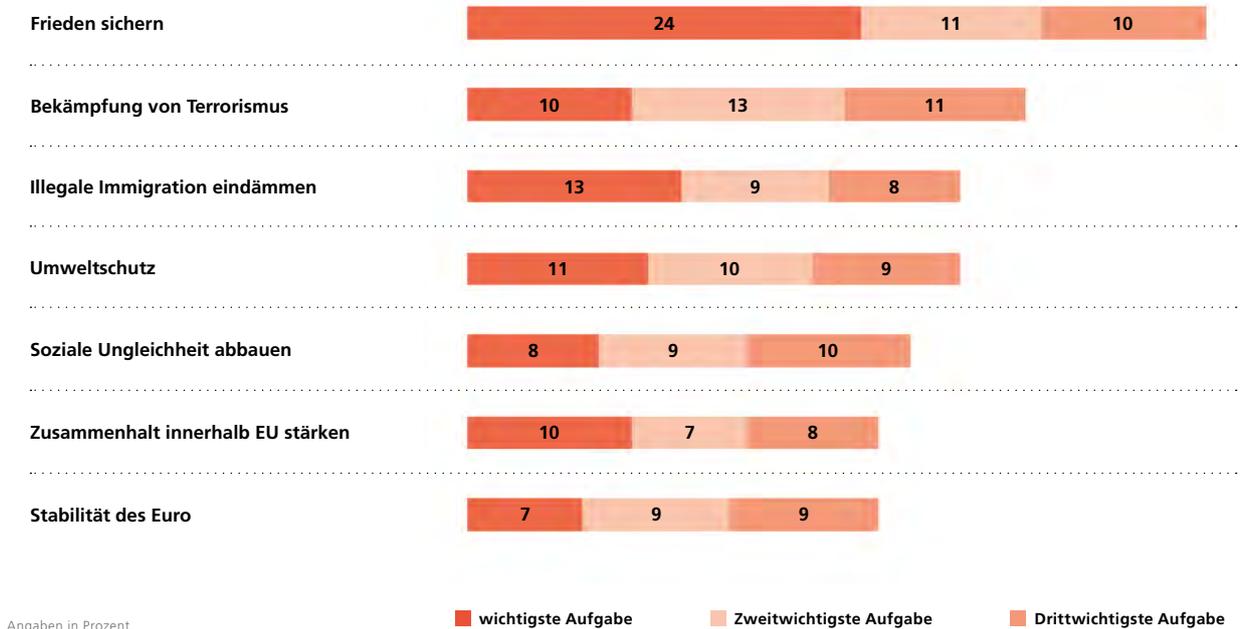
² Den Befragten wurde eine Liste mit 13 Aufgaben mit der Bitte vorgelegt, sie nach Wichtigkeit zu sortieren. In der Tabelle ist aufgeführt, wie häufig die jeweilige Aufgabe auf die Plätze eins bis drei gesetzt wurden.

Abbildung 10

Aufgaben der EU: Spontane Nennungen



Frage: Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen muss?



Internationaler Krisen steht für die Bundesbürger_innen die Erhaltung des Friedens klar an erster Stelle. Es folgen die Bekämpfung des Terrorismus, die Eindämmung der illegalen Immigration sowie der Datenschutz – alles Herausforderungen, die die alleinigen Möglichkeiten einzelner Staaten übersteigen. Dazu gehören naturgemäß auch die Stärkung des Zusammenhalts der EU und die Bewahrung der Stabilität des Euro, die an sechster und siebter Position folgen. Als etwas wichtiger empfunden wird noch der Abbau von sozialer Ungleichheit, eine Aufgabe, die eine nationale und eine europäische Komponente hat.

REGELUNG VON AUFGABEN AUF NATIONALER ODER AUF EUROPÄISCHER EBENE

Das große Vertrauen der Deutschen in die EU zeigt sich auch darin, dass sie willens sind, der EU mehr Kompetenzen zu übertragen. In insgesamt neun von 13 Politikfeldern halten die Bürger_innen mehrheitlich eher deren Gestaltung und Regelung auf europäischer denn auf nationaler Ebene für sinnvoll. Dabei werden eher solche Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der EU angesiedelt, die inter- oder transnationalen Charakter haben. Dies gilt etwa für die Besteuerung internationaler Unternehmen, den Schutz der Außengrenzen, die Verteilung von Flüchtlingen, die Handelsbeziehungen mit den USA, den Datenschutz und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union. Immer noch mehrheitlich der Zuständigkeit Europas zugeordnet, jedoch in weniger großem Ausmaß, sind Fragen des Verbraucherschutzes, der Stellung gleichgeschlechtlicher Ehen und der Energieerzeugung und -verteilung. Der Wunsch nach ge-

meinschaftlicher Zuständigkeit hat sich gegenüber 2017 in den meisten Fragen nicht wesentlich verändert. An Unterstützung gewonnen hat einzig die Forderung nach europäischen Regelungen zur Besteuerung internationaler Unternehmen, die aktuell 80 Prozent einfordern, vier Prozentpunkte mehr als noch im Juni 2017. In der Außen- und Sicherheitspolitik ist die Forderung nach einer Kompetenzverlagerung in Richtung EU etwas zurückgegangen (minus acht Prozentpunkte), möglicherweise eine Reaktion auf die bisweilen erkennbaren Schwierigkeiten der 28 Mitgliedstaaten, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden.

Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist das Ergebnis kontrovers. Hier votiert jeweils etwa eine Hälfte für eine stärkere Zuständigkeit der EU, die andere Hälfte sieht hier eher die Nationalstaaten gefordert.

In all diesen Feldern sind sich die Bürger_innen bevölkerungsunabhängig weitgehend einig, dass die Nationalstaaten der EU mehr Zuständigkeiten übertragen sollten. Darüber gibt es auch in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen kaum Dissens. Auffallend ist allenfalls, dass sich eher Männer als Frauen dafür aussprechen, Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene zu verlagern.

Ungeachtet der Bereitschaft der Deutschen, Kompetenzen an die EU abzugeben, ist der Nationalstaat für sie keineswegs verzichtbar – im Gegenteil. Es gibt aus Sicht der Bundesbürger_innen mindestens drei Politikbereiche, in denen weiterhin die Bundesregierung und der Bundestag die Zuständigkeit behalten sollten. Dies gilt für die Haushaltspolitik (73 Prozent), die Festlegung der Arbeitslosenbezüge (63 Prozent) sowie die der Renten (62 Prozent). In allen drei Bereichen ist der



Nationalstaat für die Deutschen unverzichtbarer Garant für einerseits solides Wirtschaften und andererseits die Sicherstellung des gewohnt hohen Niveaus an Sozialleistungen.

Alle Bevölkerungsgruppen sprechen sich mehr oder weniger klar dafür aus, dass Budgetfragen und die Gestaltung der Sozialpolitik in der Verantwortung der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages verbleiben sollten. Auffällig ist allenfalls, dass Personen, die sich der Unterschicht zuordnen, in allen drei Bereichen eine besonders ausgeprägte Präferenz dafür haben, die Zuständigkeit auf nationaler Ebene zu belassen. Vor allem die Vorstellung einer länderübergreifenden einheitlichen Festlegung der Rentenbezüge und des Arbeitslosengeldes scheint in einem Land mit hohen Sozialstandards primär in den unteren sozialen Schichten die Furcht zu wecken, dass dies für sie mit Nachteilen verbunden sein könnte.

Mit dieser Befürchtung stehen die Deutschen nicht alleine, denn auch die Bürger_innen in den anderen Ländern mit

vergleichsweise hohem Niveau der Sozialleistungen wie Schweden, den Niederlanden und Frankreich sprechen sich jeweils mit klaren Mehrheiten gegen eine Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene aus. Auch in diesen Ländern fungiert der Staat als Garant für ein hohes soziales Sicherheitsniveau. In den südlichen und den meisten östlichen Mitgliedstaaten ist die Bereitschaft, die Bezugshöhe von Renten und Arbeitslosengeld auf europäischer Ebene zu regeln, deutlich höher. An der nationalen Budgethoheit hält dagegen überall eine Mehrheit fest – mit einer einzigen Ausnahme: Spanien.

EUROPÄISCHE ARBEITSLSENVERSICHERUNG

Wie gesehen, begreifen die Deutschen die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung primär als nationale Aufgabe. Die gelegentlich von europäischen Sozialdemokraten geforderte »europäische Arbeitslosenversicherung« suggeriert aber ge-

nau das Gegenteil, dass die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Festlegung der Arbeitslosenbezüge eine europäische Aufgabe sei. Damit weckt die sozialdemokratische Forderung leicht die klischeehafte Assoziation einer europaweiten beitragsbezogenen Versicherung, in die alle einzahlen, von der aber vor allem die EU-Länder mit einer hohen Arbeitslosigkeit profitieren. Nicht zuletzt deshalb wird dieses Konzept, wie Umfragen belegen³, von einer Mehrheit der Deutschen abgelehnt. Das jüngst von Finanzminister Olaf Scholz in die Diskussion eingebrachte Konzept eines von den EU-Staaten gemeinsam finanzierten Fonds, den Mitgliedstaaten mit unverschuldet hoher Arbeitslosigkeit in Anspruch nehmen können, um ihre unter Druck geratenen Arbeitslosensysteme zu stabilisieren, könnte die teils vehementen Abwehrreaktionen etwas entschärfen.

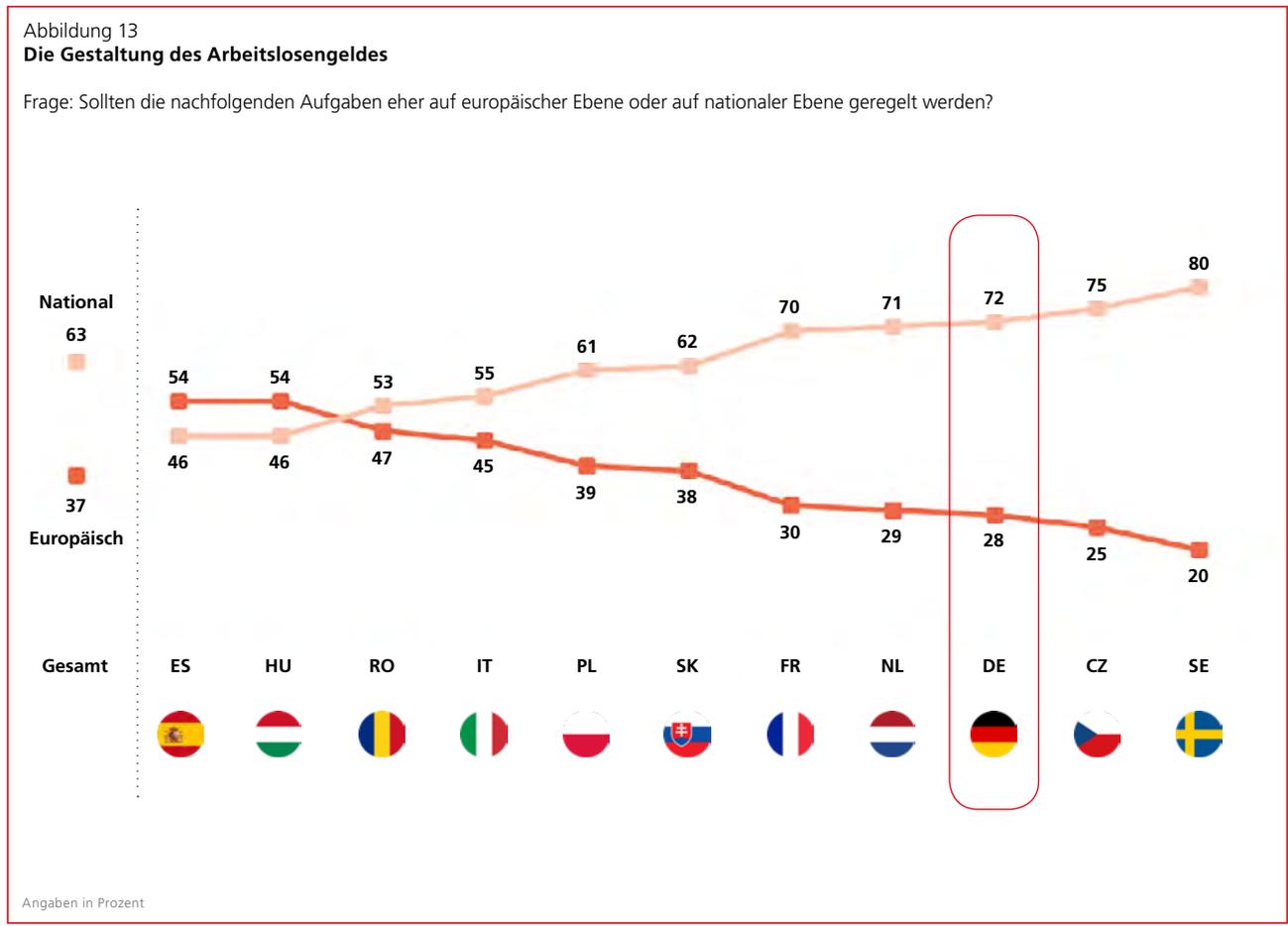
Der dafür verwendete Begriff einer »europäischen Arbeitslosenrückversicherung« scheint zumindest keine vergleichbaren Abwehrreaktionen hervorzurufen wie der Begriff »europäische Arbeitslosenversicherung«. Nach der Einschätzung von »Überlegungen zu einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung« befragt, bewerten dies immerhin 53 Prozent der Deutschen als eine »gute Idee«. Auf deutlich höhere Akzeptanz stoßen allerdings die Begriffe

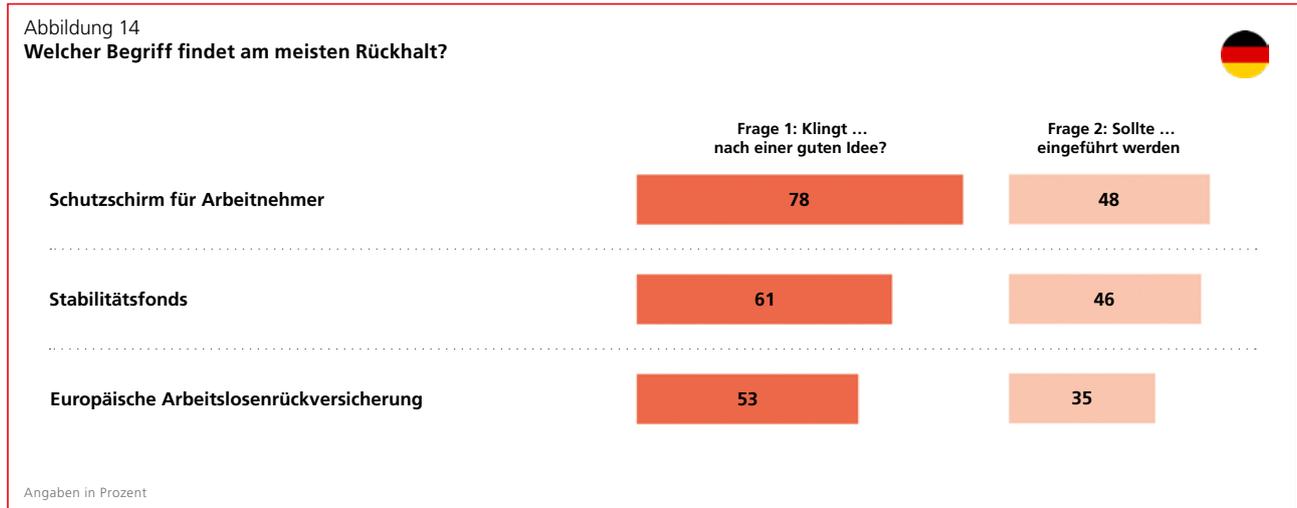
»europäischer Stabilisierungsfonds (61 Prozent) und vor allem die Idee eines »Schutzschirms für Arbeitnehmer_innen« (78 Prozent).

In einer zweiten Frage⁴ wurden diese Begriffe in einen Erklärungskontext eingebettet. Dabei wurde die jeweilige Bezeichnung mit der Erläuterung versehen, dass es sich bei dieser Maßnahme um einen zurückzahlenden Notfallkredit handele, der nur im Falle einer Wirtschaftskrise bereitgestellt werden solle. Im Unterschied zur ersten Frage wurde an dieser Stelle gefragt, ob eine solche Maßnahme auch tatsächlich *eingeführt* werden solle. Die Zustimmung zur tatsächlichen Einführung einer solchen europäischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahme fällt im Erklärungskontext der zweiten Frage erwartungsgemäß deutlich vorsichtiger aus. Auch bei dieser Art der Fragestellung können sich zwar mehr Befragte für den Begriff des »Schutzschirms für Arbeitnehmer« erwärmen als für die beiden anderen Begriffe, allerdings stimmen dem nur noch 48 Prozent zu, 22 Prozent lehnen dies ab und 30 Prozent sind hier indifferent. Ähnlich fällt das Ergebnis bei dem Konzept eines »europäischen Stabilitätsfonds« aus: 46 Prozent pro, 28 Prozent contra und 26 Prozent unentschieden. Mit nur 35 Prozent Zustimmung und 31 Prozent Ablehnung fällt die Reaktion auf das Konzept einer »europäischen Arbeitslosenrückversicherung« deutlich verhaltener aus.

3 Vgl. hierzu: Dolls, Mathias/Nils Wehrhöfer (2018): Attitudes towards Euro Area Reforms: Evidence from a Randomized Survey Experiment. EconPol Working Paper, S. 3. Sh. http://www.econpol.eu/sites/default/files/2018-07/EconPol_Working_Paper_11_2018_Attitudes_towards_Euro_Area_Reforms_0.pdf, aufgerufen am 18.2.2019.

4 Um Ausstrahlungseffekte zu vermeiden, wurden alle drei Begriffe in getrennten Splits erhoben und die beiden Fragen im Fragebogen kontextuell voneinander getrennt.





Auffällig ist hier, dass der illustrativere und emotional stärker besetzte Begriff des »Schutzschirms für Arbeitnehmer_innen« sowohl als Begriff wie als erläuterndes Konzept in Ostdeutschland deutlich mehr Anklang findet als die beiden anderen, technokratischer klingenden Begriffe »Stabilitätsfonds« und »Arbeitslosenrückversicherung«. Im Übrigen finden alle drei Begriffe und Konzepte wesentlich mehr Zustimmung bei Angehörigen der Oberschicht, als bei jenen, die sich der Unterschicht zurechnen. Letztere sind nicht zuletzt wohl deshalb deutlich zurückhaltender, weil sie erfahrungsgemäß weit häufiger Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen müssen.⁵

⁵ Der Unterschied beträgt zwischen elf und 17 Prozentpunkte.

3

BI- UND MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

ZUSTIMMUNG ZUR EU-ERWEITERUNG

Die Erweiterung der EU ist seit dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 in den Hintergrund gerückt, nicht zuletzt, weil nach Ansicht der EU-Kommission bisher keines der aktuell sieben beitrittswilligen Länder die dazu notwendigen Kriterien erfüllt. Diese Haltung spiegelt auch weitgehend das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung wider, die einer weiteren Ausweitung der EU grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, unabhängig von Beitrittsland oder Verhandlungsstadium. Die ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens, Nordmazedonien und Bosnien-Herzegowina erfahren mit 44 Prozent noch die höchste Zustimmung, gefolgt von Montenegro (43 Prozent) und Serbien (39 Prozent). Doch werden diese Länder mehrheitlich (noch) nicht als neue Mitglieder akzeptiert. Auf deutliche Vorbehalte trifft ein Beitritt muslimisch geprägter Länder. Einen Beitritt Albanien befürworten nur 26 Prozent, den des Kosovo 29 Prozent und den der Türkei lediglich 11 Prozent. Als die Türkei, die sich schon seit den 1960er Jah-

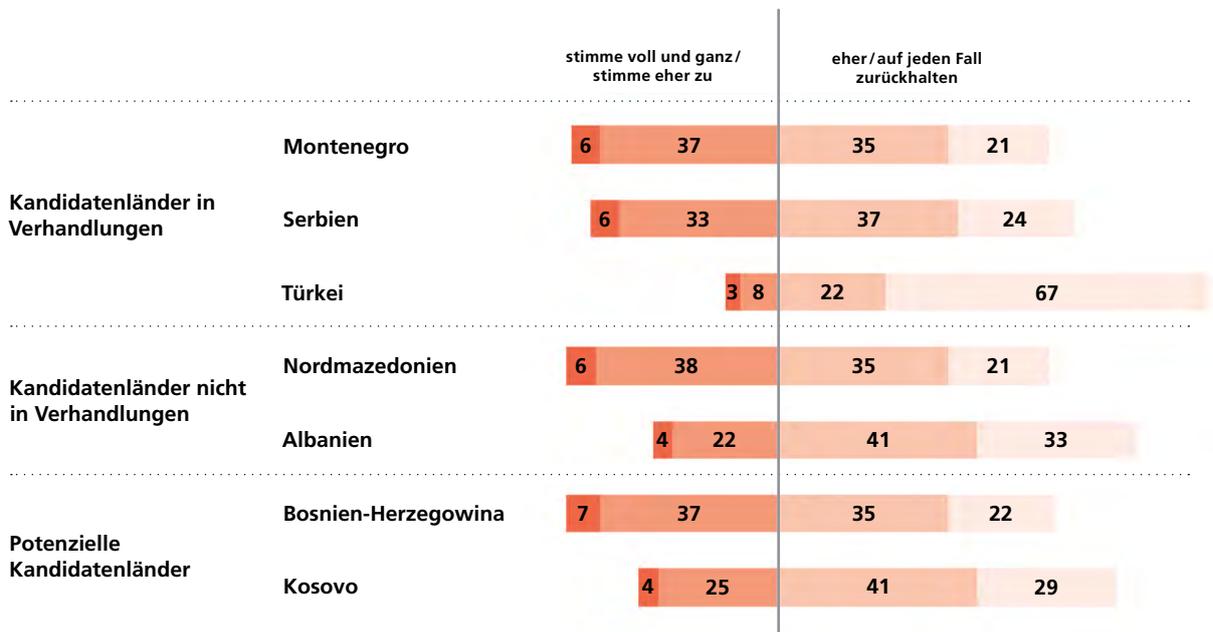
ren um eine Mitgliedschaft in der EU bemüht, schließlich 1999 den EU-Kandidatenstatus erhielt, war die ablehnende Haltung der Deutschen noch weniger stark ausgeprägt. Zu dieser ausgeprägten Abwehrhaltung maßgeblich beigetragen haben dürften vor allem der zunehmend autoritäre Führungsstil des türkischen Präsidenten Erdogan, die Verhaftungswelle nach dem Putschversuch in 2016, die auch Deutsche betraf, sowie die Einschränkungen der Pressefreiheit.

Mit ihrer skeptischen Haltung gegenüber einer weiteren Ausweitung der EU stehen die Deutschen nicht alleine. Auch die Franzosen, die Niederländer und die Italiener weigern sich mehrheitlich, einen Beitritt potenzieller Kandidatenländer zu befürworten. Die osteuropäischen Staaten stehen dagegen einem Beitritt ihrer südslawischen Nachbarn wohlwollend gegenüber. Ein Beitritt der Türkei findet allerdings nur bei deren Nachbarn, den Rumänen, mehrheitliche Zustimmung.

Abbildung 15
Zustimmung zur EU-Erweiterung nach Kandidatenländern



Frage: Geben Sie für jedes Land an, ob Sie dem Beitritt dieses Landes zur EU voll und ganz zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.



Angaben in Prozent

VERTRAUEN IN EU-MITGLIEDER

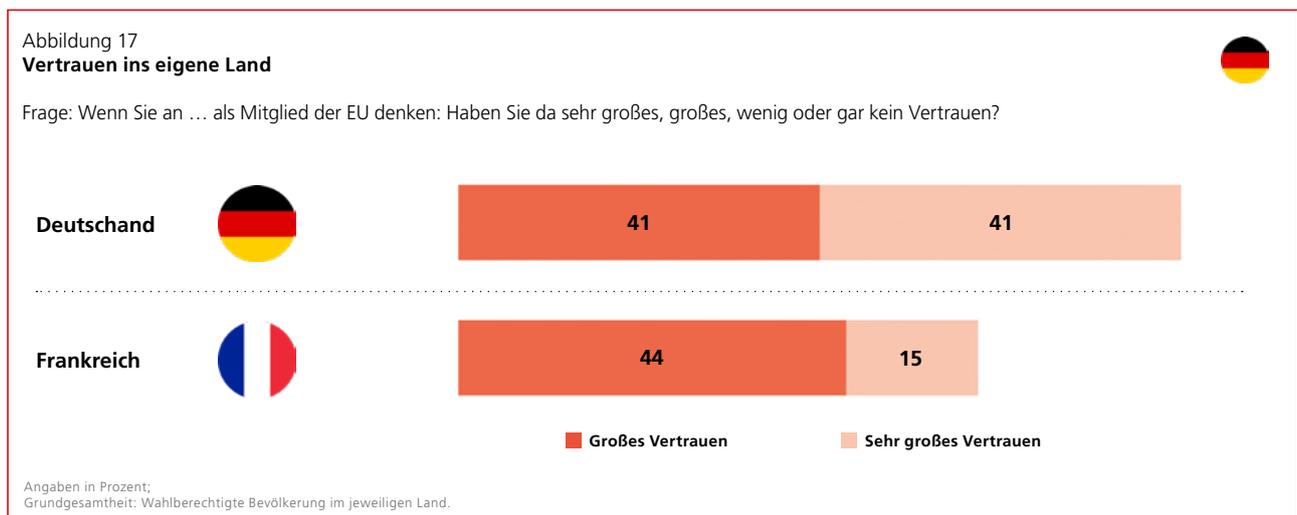
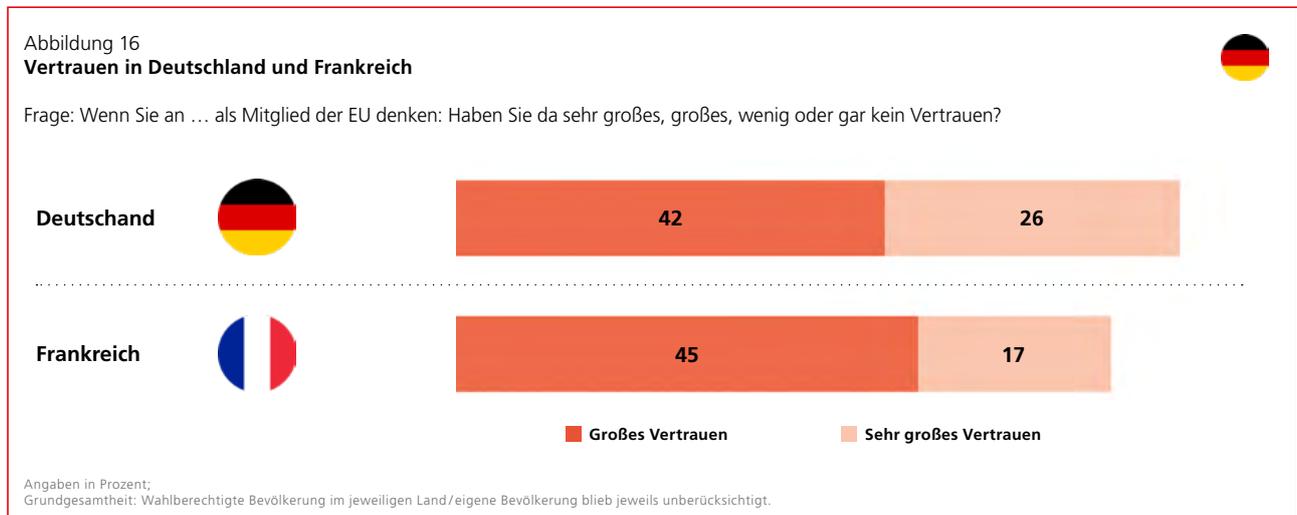
Wie schon 2015 und 2017 wurde auch 2019 das Vertrauen der Bürger_innen in vier ausgewählte EU-Mitgliedsländer ermittelt, darunter die drei – nach dem Ausscheiden Großbritanniens – größten Länder Deutschland, Frankreich, Italien sowie der bevölkerungsreichste östliche Mitgliedstaat Polen. Und wie in den Vorjahren wird von den erfassten Partnerländern Deutschland mit 68 Prozent unverändert am häufigsten Vertrauen entgegengebracht. Ähnlich stark ausgeprägt ist mit 62 Prozent auch das Vertrauensverhältnis zu Frankreich. Und ungebrochen ist auch das gegenseitige Vertrauen von Deutschen und Franzosen. Mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen für die EU ist dies eine gute Nachricht, bildet doch die enge Partnerschaft der beiden »Führungsmächte« Deutschland und Frankreich eine zentrale Voraussetzung für die Bewältigung dieser Herausforderungen.

Die Haltungen der anderen Partnerstaaten zu Deutschland und Frankreich weisen bisweilen markante Unterschiede auf. Deutschland gilt vor allem 87 Prozent der Spanier_innen, 84 Prozent der Schweden und Schwedinnen und 82 Prozent der Niederländer_innen als ausgesprochen vertrauenswürdig. In weiteren sechs Ländern überwiegen die positiven Stimmen, einzig in Polen und in Italien halten sich

Vertrauen und Misstrauen die Waage. Eine sehr ähnliche Konstellation ergibt sich für Frankreich, das vor allem von den Spanier_innen (86 Prozent), den Deutschen (75 Prozent) und den Schweden und Schwedinnen (74 Prozent) als vertrauenswürdiger Partner geschätzt wird, während Italiener_innen (36 Prozent) und Polen und Polinnen (42 Prozent) dem EU-Partnerland derzeit wenig Vertrauen schenken. Im Falle Italiens sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Frankreich und Italien schon länger andauert und nicht erst mit den Regierungsübernahmen von Macron in Paris und Di Maio und Salvini in Rom begann.

Erhoben wurde auch das Vertrauen, das die Bürger_innen in das jeweils eigene Land setzen. Ausgesprochenes Selbstbewusstsein zeigen dabei vor allem die Deutschen (82 Prozent), die – wie andere Länder mit einer sehr positiven Wirtschaftsbilanz (insbesondere Schweden und die Niederlande) – eine sehr positive Einstellung zu ihrem eigenen Land haben.

Einen Sonderfall stellt Frankreich dar, nach dem bevorstehenden Ausscheiden Großbritanniens immerhin die zweitgrößte EU-Nation nach Bevölkerung und Wirtschaftskraft. Frankreich hatte sich bereits 2015 mit erkennbaren Selbstzweifeln geplagt, die nach dem Wahlsieg Macrons größ-



tenteils verschwunden waren. Hatten zuvor nur gut die Hälfte der Franzosen und Französinnen Vertrauen in die Grande Nation, stieg der Anteil in 2017 auf zwei Drittel. Dieser Umschwung war allerdings nicht nachhaltig. In der aktuellen Erhebung fiel der Anteil wieder unter die 60-Prozent-Marke. Heute haben die Franzosen und Französinnen weniger Vertrauen in ihre eigene Nation als die Partnerländer, was sicherlich eher mit den Verwerfungen in der französischen Gesellschaft (Stichwort »Gelbwesten«) als mit außen- oder europapolitischen Aspekten zu tun hat. Die geringe Unterstützung, die Macrons europapolitische Initiativen bei den Partnern gefunden haben, dürfte dabei auch eine gewisse Rolle gespielt haben, zeigt sie doch, dass Frankreichs Führungsanspruch in der Europäischen Gemeinschaft brüchig geworden ist.

VERTRAUEN IN INTERNATIONALE PARTNER

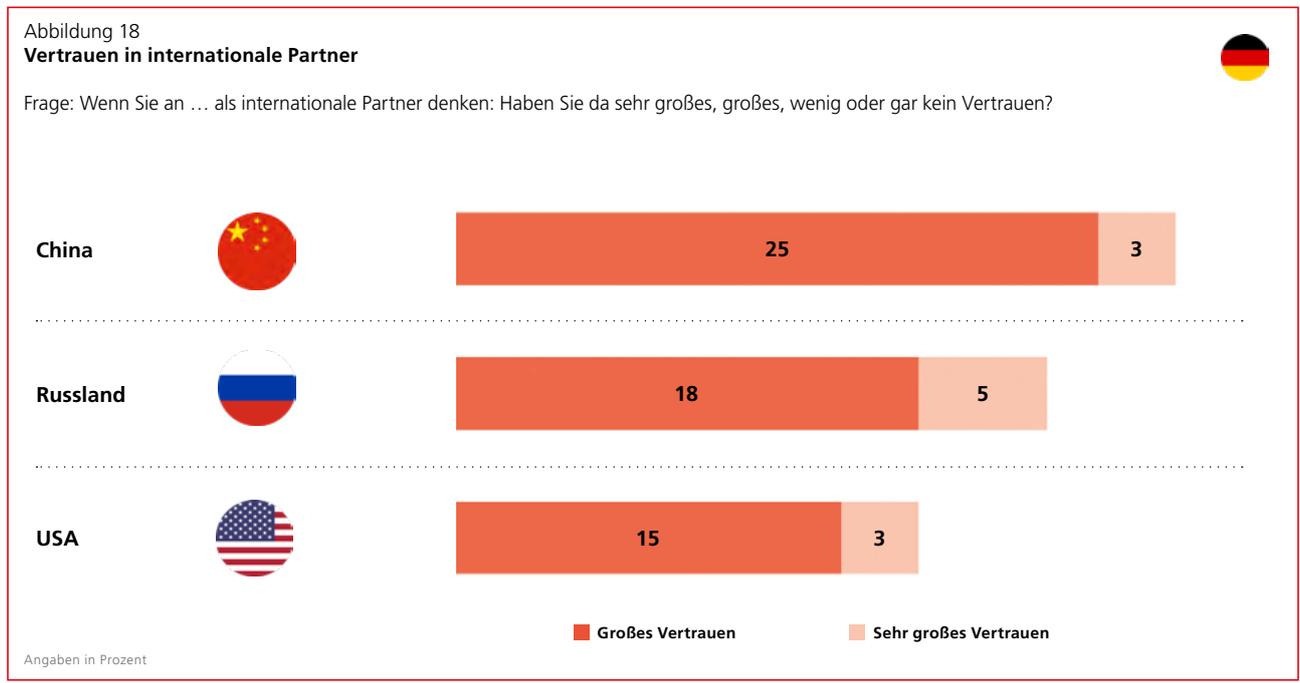
In den letzten Jahren hat sich die internationale Großwetterlage spürbar verschlechtert. Die autoritären Tendenzen eines geopolitisch aggressiven Russlands haben sich deutlich verstärkt. Die andere östliche Großmacht, China, versucht sich zwar verstärkt vor allem als zuverlässiger Handelspartner zu profilieren und damit ihren in den letzten beiden Jahrzehnten errungenen Wohlstand abzusichern. Jedoch zeigt sich mit der Abschaffung der zeitlichen Begrenzung der Amtsdauer des Staatspräsidenten unter dem amtierenden Präsidenten Xi Jinping der unberechenbare Charakter eines Landes, das keiner rechtsstaatlichen Selbstkontrolle unterworfen ist. Mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA haben sich zuletzt auch die Beziehungen zu den USA drastisch verschlechtert. Seine restriktive Handelspolitik, die Infragestellung der bislang geltenden amerikanischen Bündnispolitik und die Aufkündigung internationaler Abkommen (Klimaabkommen, Iranabkommen) belasten zunehmend die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass die Deutschen diesen

drei internationalen Schwergewichten derzeit wenig Vertrauen entgegenbringen.⁶

Dabei schneidet China überraschenderweise noch am besten ab. 28 Prozent der Deutschen bekunden großes oder sehr großes Vertrauen in das bevölkerungsreichste Land der Erde. Russland erachten gerade noch 23 Prozent als vertrauenswürdigen Land. Damit rangieren aber die beiden östlichen Weltmächte mit totalitärem Anstrich noch vor dem wichtigsten transatlantischen Verbündeten Deutschlands, den USA. Nicht einmal jede/r fünfte Deutsche betrachtet die Vereinigten Staaten heute als vertrauenswürdigen Partner.

Jüngere Menschen unter 40 Jahren sowie jene, die sich der Oberschicht zurechnen, weisen grundsätzlich mehr Vertrauen in die drei großen Akteure der Weltpolitik auf. Im Falle der USA zeigen sich besonders starke Schwankungen. So ist das Vertrauen der Oberschicht in die USA mit 22 Prozent etwa doppelt so hoch ausgeprägt wie das der Unterschicht. Ebenso auffällig ist, dass das Vertrauen in die Vereinigten Staaten mit dem Alter deutlich abnimmt. Nur elf Prozent der Deutschen über 50 bringen den USA großes Vertrauen entgegen, bei den 18- bis 39-Jährigen sind es doppelt so viele. Dies ist umso überraschender, als angenommen werden könnte, dass zumindest jene, die im Kalten Krieg sozialisiert wurden, der traditionellen Schutzmacht etwas mehr vertrauen. Mit Blick auf die parteipolitische Nähe haben Anhänger der AfD und der FDP mit 28 bzw. 27 Prozent fast dreimal so großes Vertrauen in die USA wie jene, die der Linken oder den Grünen nahe stehen (beide elf Prozent). Für die AfD-Wähler dürfte ausschlaggebend sein, dass sich viele mit der restriktiven Migrationspolitik Trumps identifizieren, bei den Anhängern der FDP dürfte wohl eher noch die Vorbildfunktion der USA in Sachen Wirtschaftsliberalismus nachwirken.

⁶ Dieser Fragenkomplex wurde nur den Befragten in Deutschland vorgelegt.



Während die Sicht der Deutschen auf China relativ einheitlich ausfällt, treten beim Verhältnis zu Russland deutlichere Unterschiede zutage. Wähler_innen der Linken sind mit 34 Prozent mehr als doppelt so häufig von der Vertrauenswürdigkeit des flächenmäßig größten Landes der Welt überzeugt als Anhänger_innen der Grünen (14 Prozent). Historisch bedingt vertraut ein Drittel der Ostdeutschen Russland, während dies nur jede/r fünfte Westdeutsche tut.

4

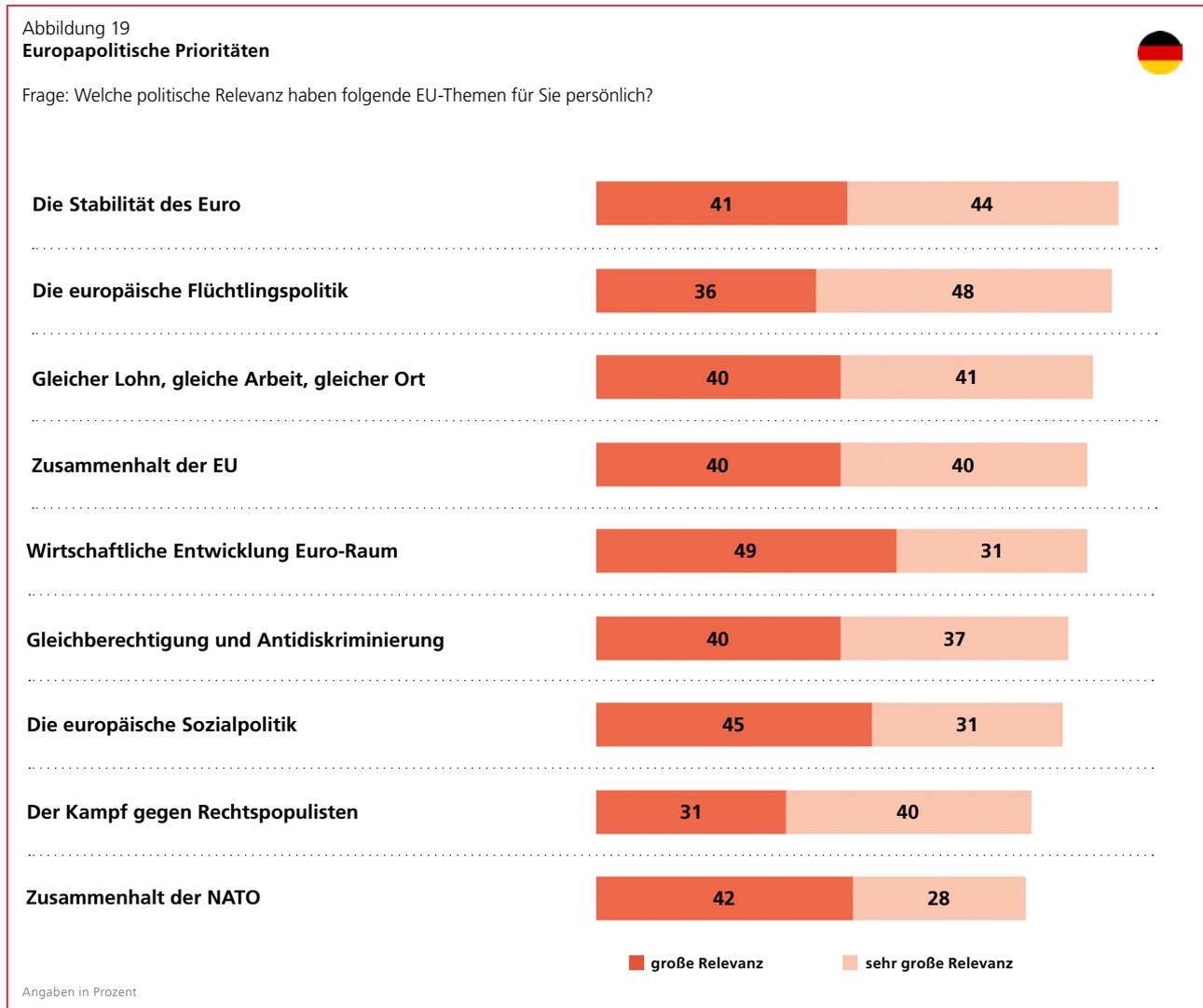
DEUTSCHLAND VOR DER EUROPAWAHL

RELEVANZ VON THEMENBEREICHEN

Selten war eine Europawahl von so zahlreichen und tiefgreifenden Krisen und Konflikten geprägt wie die anstehende Wahl am 26.5.2019. Dieses schwierige Umfeld garantiert der Abstimmung zwar hohe Aufmerksamkeit, macht die Wahl jedoch angesichts der Vielfalt an relevanten und schwierigen Problemen unberechenbar. Den deutschen Befragten wurde ein Katalog von neun Problemfeldern mit der Bitte vorgelegt, sie nach ihrer jeweiligen Relevanz zu beurteilen. Die Deutschen schreiben den Themenkomplexen »Stabilität des Euro« und »Europäische Flüchtlingspolitik« die höchste Priorität zu. Es folgen die europäische Lohnpolitik

(geprägt etwa durch die Forderung »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort«), der »Zusammenhalt der EU« sowie die »Wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum«. Auch dem Kampf um »Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung« sowie der »Europäischen Sozialpolitik« werden hohe Relevanz attestiert. Als etwas weniger bedeutsam gelten der »Kampf gegen Rechtspopulisten« und der »Zusammenhalt der NATO«.

Zwischen den einzelnen soziodemografischen Bevölkerungsgruppen gibt es dabei kaum nennenswerte Unterschiede, wohl aber im Hinblick auf die parteipolitischen Orientierung. Sozialpolitische sowie gesellschaftspolitische



Themen haben insbesondere für Anhänger_innen der Grünen, der Linken und der SPD einen hohen Stellenwert. Der Zusammenhalt der NATO rangiert bei Unionsanhängern höher als bei Parteigänger_innen anderer Parteien. Die Flüchtlingspolitik hat für zwei Drittel der AfD-Anhänger_innen hohe Relevanz, für die Anhänger_innen der anderen Parteien durchweg weniger als die Hälfte. Der Kampf gegen Rechtspopulismus steht dagegen bei den Anhänger_innen der Grünen, der Linken und der SPD ganz oben auf der Prioritätenliste.

EUROPAPOLITISCHE KOMPETENZEN DER PARTEIEN

Das Abschneiden der Parteien hängt nicht zuletzt davon ab, welche Themen bei der Wahl am 26.5.2019 eine Rolle spielen und was den einzelnen Parteien zur Lösung der damit verbundenen Probleme zugetraut wird. Die Union steht dabei wie keine andere für wirtschaftliche Stabilität. Auch in Hinblick auf einen stabilen Arbeitsmarkt schreiben ihr die Bürger_innen mehr Kompetenzen zu als etwa der SPD. Die SPD überzeugt vor allem durch die Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit auch auf europäischer Ebene sowie durch ihren Einsatz für die Rechte von Arbeitnehmer_innen. In beiden Feldern schenken ihr die Bürger_innen das meiste Vertrauen, wobei die Linkspartei allerdings in punkto soziale Gerechtigkeit nur knapp hinter der SPD rangiert. Die Grünen profitieren auch bei Europawahlen in erster Li-

nie von ihrer klaren Positionierung in der Umwelt- und Klimapolitik, wo sie bei weitem das größte Vertrauen generieren. Die AfD überzeugt vor allem durch ihre restriktive bis fremdenfeindliche Haltung in der Flüchtlingspolitik.

INTERESSE AN DER EUROPAWAHL

Die Beteiligungsraten an den zurückliegenden Europawahlen lagen durchweg deutlich niedriger als bei Bundestags- und bei Landtagswahlen. Dies lag vor allem daran, dass die Bürger_innen dieser Wahl eine deutlich geringere Bedeutung beimaßen als anderen Wahlen. Die Wahlbeteiligung sank entsprechend in Deutschland von Wahl zu Wahl, obwohl paradoxerweise die Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse der EU-Kommission und des EU-Parlaments kontinuierlich ausgeweitet wurden. Bei der letzten Wahl 2014 gelang es erstmals durch eine ausgeprägte Personalisierung⁷ den Trend zu stoppen und sogar leicht umzukehren.

Die Chancen stehen gut, dass sich dieser Trend fortsetzt. Denn zum einen stieg die Wahlbeteiligung bei fast allen

⁷ Erstmals traten die Parteien mit internationalen Spitzenkandidaten – die europäischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen mit dem Deutschen Martin Schulz an der Spitze – und der Übereinkunft an, dass dem Spitzenkandidat_innen der stärksten Fraktion das Amt des/r Kommissionspräsident_in übertragen werden sollte.

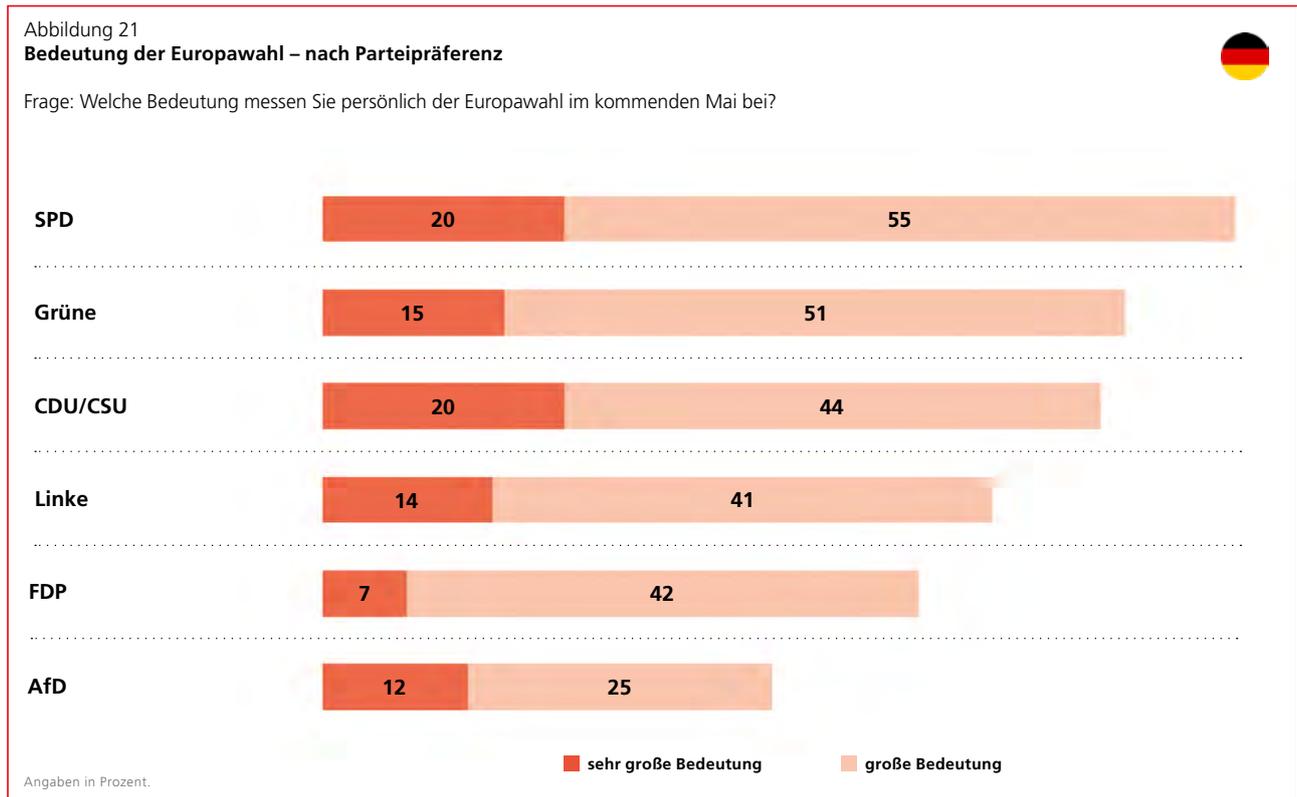
Abbildung 20
Parteikompetenzen



Frage: Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, das jeweilige Thema bestmöglich anzugehen

| | SPD | CDU/CSU | AfD | FDP | Linke | Grüne |
|---|-----|---------|-----|-----|-------|-------|
| Arbeitnehmerrechte europaweit stärken | 25 | 16 | 4 | 4 | 13 | 7 |
| Für soziale Gerechtigkeit sorgen | 21 | 14 | 7 | 4 | 18 | 9 |
| Arbeitsplätze sichern und neue schaffen | 17 | 28 | 4 | 7 | 6 | 5 |
| Zusammenhalt der EU stärken | 13 | 34 | 4 | 3 | 4 | 7 |
| Eine gute Flüchtlingspolitik betreiben | 11 | 16 | 17 | 4 | 7 | 12 |
| Die Wirtschaft voranbringen | 11 | 39 | 4 | 11 | 3 | 4 |
| Eine gute Umweltpolitik betreiben | 5 | 9 | 4 | 3 | 4 | 50 |

Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 Prozent: »Sonstige/weiß nicht/keine Partei«.



Wahlen seit 2014 zum Teil deutlich an, und zum anderen hat die Bedeutung der EU in Zeiten von Krisen und wachsender Unsicherheit erkennbar zugelegt. Derzeit schreiben immerhin 53 Prozent der Bundesbürger_innen der anstehenden Europawahl eine sehr große bzw. große Bedeutung zu. Den größten Stellenwert messen der Wahl die 18 bis 29-Jährigen (60 Prozent) sowie die über 60 Jährigen (57 Prozent) bei. Noch deutlicher fallen die Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der einzelnen Parteien aus, wobei hier die SPD positiv aus dem Rahmen fällt. Drei von vier ihrer Anhänger_innen – so viele wie bei keiner anderen Partei – sind davon überzeugt, dass dieser Wahl eine hohe Bedeutung zukommt. Die Euphorie der 2014er Wahl, als die SPD erstmals bei einer Europawahl zulegen konnte, scheint nicht ganz verschwunden zu sein. Bei Grünen und Union sind immerhin noch zwei von drei ihrer Anhänger_innen von dem hohen Stellenwert der anstehenden Wahl überzeugt, bei Parteigänger_innen von Linken und FDP nur etwa die Hälfte. Die größte Zurückhaltung herrscht im Lager der AfD, wo zwei Drittel der Anhänger_innen der Ansicht sind, dass diese Wahl nicht so wichtig sei. Ihr Abschneiden wird – wie bei den anderen Parteien auch – vor allem davon abhängen, ob das für ihre Anhänger_innen besonders emotional besetzte Thema Flüchtlingspolitik zum Zeitpunkt der Wahl als relevant erachtet wird und somit mobilisierend wirkt oder nicht.

Insgesamt ist die Stimmung vor der Europawahl am 26. Mai zu volatil, um aus den vorliegenden Umfrageergebnissen, die ein halbes Jahr vor der Wahl erhoben wurden, Rückschlüsse auf den Ausgang der Wahl zu ziehen. Verantwortlich für die Volatilität sind vor allem die Unsicherheiten in Hinblick auf die Zukunft der EU in einer unübersichtlicher gewordenen Welt.

IMPRESSUM

© 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland

www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt: info.ipa@fes.de

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:

Dr. Michael Bröning, Referatsleiter Internationale Politikanalyse

Redaktion: Arne Schildberg, Referent für Europapolitik

Redaktionsassistentin: Sabine Dörfler

ISBN: 978-3-96250-356-7

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Front cover: © Gary Blakeley

Design/Typesetting: pertext, Berlin

